



Abonnement-Preise... Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Freier Tagblatt und Handels-Zeitung.

№. 129 37. Jahrgang

Mittwoch 11. März 1908

Hierzu die Wochenbeilage Technische Rundschau No. 11.

Deutsch-Südwestafrika.

Die Arbeiterfrage.

(Von unserem Spezial-Korrespondenten.) Großfontein (Nord) 1908.

Die Lösung der Arbeiterfrage, abgesehen von der Weisheit durch Lösung der Dvambo-Frage... Das Ziel der Eingeborenenpolitik muß nicht geringere sein als die allmähliche Umwandlung eines Nomadenstammes in ein seßhaftes Volk...

Die Lösung der Arbeiterfrage, abgesehen von der Weisheit durch Lösung der Dvambo-Frage... Das Ziel der Eingeborenenpolitik muß nicht geringere sein als die allmähliche Umwandlung eines Nomadenstammes in ein seßhaftes Volk...

Die Lösung der Arbeiterfrage, abgesehen von der Weisheit durch Lösung der Dvambo-Frage... Das Ziel der Eingeborenenpolitik muß nicht geringere sein als die allmähliche Umwandlung eines Nomadenstammes in ein seßhaftes Volk...

Die Lösung der Arbeiterfrage, abgesehen von der Weisheit durch Lösung der Dvambo-Frage... Das Ziel der Eingeborenenpolitik muß nicht geringere sein als die allmähliche Umwandlung eines Nomadenstammes in ein seßhaftes Volk...

Die Lösung der Arbeiterfrage, abgesehen von der Weisheit durch Lösung der Dvambo-Frage... Das Ziel der Eingeborenenpolitik muß nicht geringere sein als die allmähliche Umwandlung eines Nomadenstammes in ein seßhaftes Volk...

Die Lösung der Arbeiterfrage, abgesehen von der Weisheit durch Lösung der Dvambo-Frage... Das Ziel der Eingeborenenpolitik muß nicht geringere sein als die allmähliche Umwandlung eines Nomadenstammes in ein seßhaftes Volk...

Die Lösung der Arbeiterfrage, abgesehen von der Weisheit durch Lösung der Dvambo-Frage... Das Ziel der Eingeborenenpolitik muß nicht geringere sein als die allmähliche Umwandlung eines Nomadenstammes in ein seßhaftes Volk...

nehmen, andererseits Verbot dessen, was man im Interesse der allmählichen Wiederheranziehung der Eingeborenen aufs freudigste begrüßen und unterstützen sollte. Bei der Behandlung des Regers kommt es ja so ungemein viel — viel, viel mehr als wir hier zu Hause in unseren nivellierten Verhältnissen es uns vorstellen können — auf die Persönlichkeit an. Ein Mann (er mag sein, wer er will), der mit Respekt und Zutrauen zugleich bei den Regern befragt ist, ist tausendmal mehr wert als Titel und Rang, wiegt Geld und Bajonette auf. Wenn eine solche Persönlichkeit Kritikationspunkt wird, so muß das geradezu unterstellt und primiert werden!

Solche Männer müssen es auch sein, die mit der oben angezeigten Sammlung der jetzt unten, verführtesten, misstrauischen Volkselemente zu betrauen sein werden, ganz gleich ob sie Missionäre, Offiziere, Farmer oder Beamte sind. Sie sind als Eingeborenenkommissare in fester Fühlung mit den Deuten und werden Vorkämpfer der zukünftigen Kolonisten. Ich habe zu Herrn v. Bismarck's Nachfolger das bestimmte Vertrauen, daß er, nur einmal in den verhängnisvollen Überordnungen seines Vorgängers in die verdiente Verleumdung verschwinden lassen wird.

So unweifelhaft ein geradezu bedenklicher Arbeitermangel im Schutzbereich im Allgemeinen herrscht und schon auf die Wirtschaft drückt, so kann sich der unparteiische und aber keineswegs weniger einseitige Beobachter doch nicht erlauben, daß in nicht geringem Maße der Arbeitermangel und überfließen der von der Regierung überworfenen Leute die Schuld am Arbeitermangel liegt. Ich habe, seit ich im Lande lebe und quer ziehe, nicht wenige Stationsdienste, Farmer und sonstige Leute gesprochen, die nicht über Arbeitermangel klagen. Und da ist eben wieder die Persönlichkeit der einzelnen Arbeiter...

Der Farmer Hermann, ein alter Südwester, hat aber die Eingeborenenbehandlung sehr, sehr wohlgegründete Worte gesprochen, die manche Streitlicher auf die Frage über Arbeitermangel werfen: „Wer hier ins Land kommt, muß ein unbegrenztes Wohlwollen und nie endende Geduld mitbringen... Vor allem muß der Arbeiter selber stets seine Pflicht tun. Wie der Herr, so der Knecht.“

Ich möchte bei dieser Gelegenheit die zu Hause und auch draußen namentlich beim Neuling so vielfach noch verbreitete Ansichtung von der „Faulheit des Regers“ richtigstellen. Der Regier ist nicht faul, im positiven Sinn dieses Wortes. Er kennt nur nicht den Begriff des heute so unheimlich in die Höhe getriebenen Wertes der Zeit, wie ihn unsere heutige, jugendliche Gegenwart geschaffen hat, das heißt, den Begriff geistiger, ausdauernder Arbeitsanpannung und -leistung in einem bestimmten Zeitabschnitt.

Zur Abhilfe des Menschenmangels ist auch schon die Einführung von chinesischen Rülis vorgeschlagen worden. Hoffentlich bleibt das Concomentum bei dem bisher diesem Annehmen entgegengehaltene, als ich in den verschiedenen Arbeiterkreise in einigen wenigen speziellen Bezirken: als Gärtner, Köche und Waghente. Die Kontrolle bei dieser engagierten Zahl und Wert wäre leicht, und es könnte damit wenigstens einmal in dieser Sparte eine Weisheit in die geradezu unerschwinglich hohen, unbilligen Lohnpreise unserer Arbeitskräfte gelegt werden. Heute erhält ein Koch in Windst 280 Mark, ein Gärtner 200 Mark, ein Dienstmädchen 200 Mark monatlich.

Gauntmann a. D. Mutter.

Balkandebatte in der italienischen Kammer.

Bazilaj für ein russisch-italienisches Balkan-Bündnis Rom, 10. März. In der italienischen Deputiertenkammer wurde gestern vor vollkommener Hand ein Antrag Bazilaj's auf Genosse... In der Debatte wies Johann von Österreich dem republikanischen Bazilaj in einer glänzenden Rede auf die Gefahr hin, die das österreichische Votum für Italien bedeute, und die von Bazilaj natürlich fast übersehen wurde. Österreich sei am Balkan nur die Avantgarde des russischen Reiches, das vor zehn Jahren den Kaiser nach Konstantinopel geführt habe, wie es ja heute nach Spiris schide. Angesichts dieser Ereignisse ermahnte Bazilaj die Regierung, sie möchte endlich die alte Geheißpolitik an den Nagel hängen und Realpolitik treiben. Es sei nötig, im Orient mit Rußland Hand in Hand zu gehen. — Nach Bazilaj sprach der konservative Ghimantiu an die Kammer über das österreichische Votum zu bekräftigen,

für das die Donau-Verträge einen wichtigen Ausgleich bilde. Ghimantiu schloß damit, daß er der Regierung für ihre treue Festhalten am Dreibund seine Anerkennung aussprach.

Verhaftung der Revolutionärin Olga Stein in Amerika.

(Kabel-Telegramm unseres Korrespondenten.) New-York, 10. März. Auf Ersuchen der Petersburger Staatsanwaltschaft wurde gestern Abend die russische Revolutionärin Olga Stein hier verhaftet. Sie wird beschuldigt, russische Flotten- und Marineangehörige in deren Besitz sie durch Gefangenengenommen sei, verurteilt zu haben. Die amerikanischen Bundesbehörden sind der Meinung, daß eine Auslieferung an die russische Regierung unter diesen Umständen gesetzlich sein würde. Trotzdem gegen die Stein ein Auslieferungsbefehl erteilt, weil sie auch einer Reihe von Fälschungen und Unterschlagungen im Höhe von 100.000 Rubel beschuldigt wird. Die Angekuldigte wird während der Dauer des Verfahrens in Haft gehalten.

Neue Bauernunruhen in Rumänien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.) Jassy, 10. März. Eine eingangsrum offizielle Mitteilung besagen: Im Distrikt Botosani hat sich ein Aufstand Bauern unter dem Anführer des 12 in Verlaß sind mit Sonderzügen dorthin geschickt worden. In den Dörfern Wittola und Bobreni gegen die Bauern aus Feld und nahmen eine förmliche Bestimmung der Bauern unter sich vor. Sie erklärten die von den rumänischen Kammer beschlossenen Reformen für ungenügend.

Vertagung!

Die gestrige Reichstags-Sitzung mit ihren Interpellationen über die Beamtengehälter drängt zu einem Verles mit der Sitzung vom 18. März 1907. Damals handelte es sich um das Budget für die Finanzverwaltung für den Zeitraum 1907/08. Der Reichstagspräsident war der Sitzung fern geblieben, genau wie gestern auch. Am Bundesratliche sah neben dem damaligen Staatssekretär des Inneren, Grafen Posadowski der damalige Reichschatzsekretär Freiherr v. Stengel.

Dem Reichschatzsekretär fiel die Aufgabe zu, den Willen der verabschiedeten Regierung über den Reichstag zu übermitteln. Freiherr v. Stengel sprach so gut, wie es ihm sein etwas unbedeutliches Organ erlaube. Er sagte unter anderem: „Die Beamten wollen keine staatsrechtlichen Auseinandersetzungen; sie wollen Brot für sich und Brot für ihre Kinder. Mit juristischen Auseinandersetzungen füllen wir nicht ihren Hunger.“ Dann drückte Freiherr v. Stengel dem Hause die frohe Botschaft, daß sich die Regierung in der Frage der Finanzverwaltung auf den Boden der Reichstagsbeschlüsse stellen wolle. Doch damit noch nicht genug; Freiherr v. Stengel fuhr fort:

„Der Herr Reichstagspräsident ist fest entschlossen, die Frage einer organischen Gehaltsaufbesserung im Zusammenhang mit der Regelung des Wohnungsgeldzuschusses für den Zeitraum vom 1. April 1908 an in Angriff zu nehmen, und diese Vorlage bei seiner Zeit zugehen zu lassen, und diese Vorlage bei den verabschiedeten Regierungen auch mit allem Nachdruck zu vertreten.“

Allerdings fügte Freiherr v. Stengel noch hinzu, der Reichstagspräsident gebe sich der bestimmten Erwartung hin, daß es gelingen werde, zu einer befriedigenden Lösung der Frage nach der Vertagung zu kommen. Aber die Zusage des Reichstagspräsidenten war bedingungslos gegeben worden. Wir brauchen kaum zu sagen, daß sie nicht gehalten worden ist. Die Beamten erwarteten und mußten erwarten, daß sie mit dem Rechnungsjahre 1908 Brot erhalten würden; statt dessen bekamen sie den Stein der Vertagung in die Hand gedrückt.

In der gestrigen Sitzung fehlte außer dem Reichstagspräsidenten auch der neue Staatssekretär des Inneren. Nur der neue Staatssekretär des Reichers v. Schön hatte das Bedürfnis, seinem Kollegen von den Finanzen ein wenig zu assistieren. Somit sah Herr Schöndorff einlank am Bundesratliche. Er schien sich etwas verhalten vorzuziehen; für einen neuen Mann war es auch wirklich nicht ganz einfach, die Bestimmungen zwischen zwei Regierungen vom 10. März 1908 durch dialektische Ränke auszugleichen.

Wir bebauern auch, sagen zu müssen, daß sich Herr Schöndorff nicht gerade glücklich aus der Affäre zog. Er verfuhr, der Erklärung des Freiherrn v. Stengel einen anderen Sinn unterzulegen, indem er einen leichten Zusammenhang zwischen Gehaltsaufbesserung und Wohnungsfrage konstatierte, der tatsächlich gar nicht bestand. Außerdem mußte man doch fragen, wie es kam, daß die Lösung der Wohnungsfrage nicht gefunden wurde. Dem Reichstag kann gewiß kein Vorwurf gemacht